Badische Zeitung
Lahr • Donnerstag, 24. Juli 2025
https://www.badische-zeitung.de/probleme-in-der-lahrer-auslaenderbehoerde-wie-reagiert-die-stadt

Viele Menschen mit Migrationshintergrund sind auf Dokumente der Ausländerbehörde angewiesen (Symbolbild). FOTO: IMAGO/DWI ANORAGANINGRUM

Probleme in der Lahrer Ausländerbehörde

Die Lahrer Ausländerbehörde ist am Limit – das hat schwerwiegende Folgen. Nun wird eine neue Stelle geschaffen. Der Interkulturelle Beirat sieht weiteren Handlungsbedarf. Wie reagiert die Stadt?

Von Mark Alexander

Wo liegen die Probleme?

Die Ausländerbehörde in Lahr wurde immer wieder aufgestockt, dennoch steht sie vor enormen Herausforderungen. Sie ist nach Angaben der Stadt zuständig für rund 13.500 Menschen, von denen sich die meisten mehrmals im Jahr mit Anliegen melden. Die Arbeitsbelastung ist sehr hoch, ebenso die Fluktuation, hinzu kommen Raumprobleme. Oft bilden sich lange Schlangen vor der Behörde, die Telefonleitungen sind überlastet, Terminvereinbarungen sind nicht möglich, Anträge bleiben lange liegen. Somit wächst der Frust auf allen Seiten. Kritik an dieser Situation kommt aus dem Interkulturellen Beirat, von Wohlfahrtsverbänden und zuletzt von der SPD-Fraktion. Deren Antrag auf eine neue Stelle war am Montag Thema im Lahrer Gemeinderat.

Welche Folgen hat das?

Die Überbelastung der Behörde geht mit gravierenden Folgen einher. Der Interkulturelle Beirat hat hierzu Beispiele aufgelistet: Eine junge Frau, die dringend einen gültigen Aufenthaltstitel benötigt, habe mehr als 60-mal versucht, die Behörde telefonisch zu erreichen – erfolglos. Drei E-Mails seien unbeantwortet geblieben. Nun drohe der Verlust des Arbeitsplatzes. Ein Mann, der bei Zalando in Lahr arbeitet, benötige dringend eine Verlängerung der Arbeitserlaubnis. Weil er keinen Termin bei der Behörde erhält, fürchtet er nun um seinen Lebensunterhalt. Und mehrfach würden Interessenten nicht zum Deutsch-Test zugelassen, weil Dokumente fehlten. Weitere Kritik kommt von einem ehemaligen Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der sich gegenüber der BZ geäußert hat. Die Behörde sei schon lange überlastet. Das liege neben der Personal- und Raumnot aber auch daran, dass die Abläufe alles andere als effizient seien. Wieso gebe es zum Beispiel kein digitales Buchungssystem?

Wie reagiert die Verwaltung?

Oberbürgermeister Markus Ibert verwies darauf, dass die Stadt die neue Stelle fast zeitgleich mit dem SPD-Antrag aufgegleist habe. In nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am Montag wurde sie dann mit großer Mehrheit beschlossen. Die Verwaltung habe in den vergangenen Jahren immer wieder strukturelle und personelle Verbesserungen unternommen, um auf die steigenden Anforderungen für die Ausländerbehörde zu reagieren, heißt es aus dem Rathaus. Seit 2011 sei die Zahl der Stellen von zweieinhalb auf fast 13 aufgestockt worden. Doch es gibt immer wieder Vakanzen, drei Stellen sind aktuell nicht besetzt. Dafür gibt es laut Verwaltung „erste Schritte“ zur Verbesserung der räumlichen Situation. Aktuell wurde ein zusätzlicher Büroraum mit zwei Arbeitsplätzen eingerichtet.

Wie reagiert der Gemeinderat?

Die SPD-Fraktion hatte in ihrem Antrag zur Ausländerbehörde auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen. Weil der Gemeinderat der Stelle bereits zugestimmt hatte, zog Roland Hirsch den Antrag zurück. Er verwies aber darauf, dass es damit nicht getan sei. Es gelte weiter an der Verbesserung der Abläufe in der Behörde zu arbeiten. Und womöglich brauche es weiteres Personal. Sowohl Eberhard Roth (Freie Wähler) als auch Jörg Uffelmann (FDP) betonten anschließend aber, dass weitere Stellen angesichts der Finanzsituation nicht vertretbar seien. Ilona Rompel (CDU) sprach von einer Abwägung. Es gelte zu prüfen, inwieweit Arbeitsprozesse effektiver gestaltet werden können, meinte Sven Haller (AfD). Dorothee Granderath (Grüne) ging auf eine Stellungnahme der sachkundigen Mitglieder des Interkulturellen Beirats ein, lobte diese als sehr konstruktiv. Die Vorschläge seien sinnvoll.

Was wünscht der Beirat?

Die Stellungnahme des Beirats liegt der Badischen Zeitung vor. Darin wird auf die vielfältigen Herausforderungen für die Ausländerbehörde verwiesen. Oftmals gehe es dabei um Arbeitsmigranten, die einen Beitrag zur lokalen Wirtschaft leisten. Würden deren Anträge nicht rechtzeitig bearbeitet, gehe das mit großen Problemen für die Menschen und die Firmen einher – und mit Verzweiflung auf allen Seiten. Die zusätzliche Stelle wird ausdrücklich begrüßt, sie werde aber nicht ausreichen. Strukturelle Reformen seien notwendig. Der Beirat empfiehlt hierzu Folgendes: einen Empfangsschalter mit offenen Kontaktzeiten, ein digitales Terminvergabesystem, eine vordringliche Bearbeitung älterer Anträge und einen Runden Tisch zur Weiterentwicklung der Ausländerbehörde. Ziel sei eine effiziente, bürgernahe und transparente Ausländerbehörde als zentraler Pfeiler der vielfältigen Stadt Lahr. Diesen Prozess möchte der Beirat konstruktiv begleiten.

Wieso gab es keine Anhörung?

Viele Mitglieder des Interkulturellen Beirats waren in der Gemeinderatssitzung am Montag vertreten. Sie hätten die Stellungnahme dort gern vorgetragen. Das Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes (Paragraph 13) ermögliche solche Anhörungen. Doch die Stadt kam dem Wunsch nicht nach. Auf eine BZ-Anfrage hierzu äußerte sich die Verwaltung zunächst unkonkret: Für die „Ausgestaltung des Anhörungsrechts“ brauche es noch „grundlegende verwaltungsinterne Regelungen“. Auf Nachfrage war die Rede von einer juristischen Prüfung zur Auslegung des Landesgesetzes. Zudem sei die neue Geschäftsordnung des Beirats noch nicht verabschiedet und die Anregungen aus der Stellungnahme fielen nicht in die Zuständigkeit des Gemeinderats. Begründungen, die der Beirat nicht nachvollziehen kann. Die Verwaltung verweist indes darauf, dass Gemeinderatsmitglieder, die im Beirat vertreten sind, die Anliegen aufgreifen könnten. Am Montag war dies zumindest in Teilen der Fall. Die Verwaltung werde die Vorschläge des Beirats nun intern bewerten, sagte Ordnungsamtsleiterin Lucia Vogt in der Ratssitzung.

Diesen Artikel dürfen Sie gerne ausdrucken und archivieren. Der Artikel darf aber nicht erneut veröffentlicht werden - sei es im Internet oder in einem Printprodukt.